An American Newspaper which stands for American ideals and principles—published in the German language for American citizens who read German

Tägliche Omaha Tribüne

PUBLISHED AND DISTRIBUTED UNDER PERMIT (No. 364), AUTHORIZED BY THE ACT OF OCTOBER 6, 1917, ON FILE AT THE POST OFFICE OF OMAHA, NEBR. BY ORDER OF THE PRESIDENT A. S. BURLESON, POSTMASTER-GENERAL

35. Jahrgang. Omaha, Neb., Donnerstag, den 27. Febr. 1919. 4 Seiten.—Nr. 30

Spartaker sind den Anarchisten zu zahm

Deshalb zetteln sie eine eigene Revolution an und reißen die Macht in Düsseldorf an sich; Unrast nimmt überall zu

Münchener Soviet appelliert an die ganze Welt

Berlin, 27. Feb. — Anarchisten, welche die Spartaker beschuldigen, zu konservativ zu sein, haben in Deutschland eine Gegenrevolution angezettelt. Gestrige Berichte aus Düsseldorf besagen, daß die Anarchisten dort die Spartakerregierung gestürzt und sich die Regierung angeeignet haben. Erst vor kurzem hatten sich die Spartaker Düsseldorfs bemächtigt.

Inzwischen breitet sich die Revolution der Spartaker immer weiter aus. In Sachsen, Bayern, im Rheinland und im Ruhrdistrikt sind Streiks und Unruhen zu verzeichnen. Ueber die Vorgänge in Weimar kann man nichts erfahren; der Verkehr mit dieser Stadt und Berlin ist abgeschnitten. Ein Spezialzug der Regierung, der Weimar am Dienstag auf dem Wege nach Berlin verließ, wollte über Leipzig fahren, wurde jedoch gezwungen, seine Route mehrere Male zu ändern, da die Stationen, wo er halten wollte, von Spartakern besetzt waren.

Die Bergleute und Industriearbeiter in der Umgegend von Halle, Sachsen, haben sich den Spartakern angeschlossen. Die Soviet-Regierung in München hat gedroht, zehn prominente Bürger hinzurichten, falls preußische Truppen gegen München geschickt werden. Eine Deputation, welche 5000 Arbeiter vertritt, verlangt die Bildung einer bayerischen Soviet Republik, Eröffnung diplomatischer Beziehungen mit der russischen Bolschewiki-Regierung und Annullierung aller Staatssteuern. Es heißt, die deutsche Regierung ist sich über die gegen die bayerischen Spartaker zu unternehmenden Schritte nicht einig. Mehrere Kabinettsmitglieder wollen mit Gewalt, andere mit Güte vorgehen. Militärgouverneur Noske verlangt, daß die Nationalversammlung sofort 200,000 Mann Truppen aufbiete, während Präsident Ebert den Soviet Anteil an der Regierung geben will. Die neue Revolution hat jedoch so große Dimensionen angenommen, daß die Regierung gezwungen wird, energische Schritte zu deren Unterdrückung zu unternehmen.

Basel, 27. Feb.—Kohlengräber in Mitteldeutschland haben beschlossen, zu streiken; von den Eisenbahnangestellten wird angenommen, daß sie ein gleiches tun werden. So lautet eine aus Halle hier eingetroffene Depesche.

Viele der deutschen Soldaten, welche in den Kämpfen bei Bottrop in die Hände der Radikalen fielen, wurden von diesen erschossen oder verprügelt und beraubt.

Die Lage in München.

Berlin, 27. Feb.—Letzte Nachrichten aus der von Unruhen geplagten bayerischen Hauptstadt besagen, daß die ganze Garnison Münchens sich den Radikalen angeschlossen hat. Die Spartaker haben viele prominente Männer, darunter Minister der Mehrheitssozialisten, verhaftet.

Bayerische Regierungstruppen stehen in den Vorstädten von München und bereiten sich auf eine Entscheidungsschlacht mit den Radikalen vor.

München, 27. Feb.—Der Soldaten-Arbeiterrat hat an das Proletariat der Alliierten eine Proklamation erlassen, dasselbe auffordernd, dem Rat beizustehen, einen Frieden zu erlangen, welcher dem deutschen Proletariat Gelegenheit bietet, ein neues Leben zu beginnen. Gleichzeitig wird die Erklärung abgegeben, daß die bayerische Regierung temporär eine solche der Arbeiter-Soldatenräte sei.

London, 27. Feb.—Eine Depesche aus Basel an die Central News meldet, daß der Arbeiter-Soldatenrat in München eine drahtlose Depesche an alle Länder ausgesandt habe, in welcher die Erklärung abgegeben wird, daß in Bayern eine Diktatur des Proletariats und der Bauern erklärt wurde. In der Depesche heißt es, daß infolge der Ermordung des Ministerpräsidenten Eisner „durch Vertreter des deutschen feudalen Militarismus" das bayerische Proletariat sich erhoben habe, um die feudale Revolution zu unterdrücken. Die Vereinigung der bayerischen Sozialisten ist zur Tatsache geworden.

Die Sozialisten aller Länder werden in Kentnis gesetzt, daß dem Militarismus in Bayern ein Ende gemacht worden ist.

Ohne Amerika Völker-Liga nicht möglich

Präsident prophezeit Anarchie für Europa, wenn U. S. sich ausschließen; Republikaner zurückhaltend.

Washington, 27. Feb. — Gestern abend sah die Mitglieder der beiden Komitees, des Senats und des Hauses für Auswärtige Angelegenheiten im Weißen Hause zum Dinner versammelt, um die Völkerliga mit dem Präsidenten zwanglos zu besprechen. Frau Wilson war anwesend, um die Gäste mit zu empfangen und wurde von Senator Lodge zu Tische geführt. Nach Tisch begaben sich die Gäste in das historische Ost-Zimmer, wo nach einer Zigarre, man sich auf Sitzen in einer unregelmäßigen Runde niederließ und die Diskussion begann. Der Präsident selbst begann mit der Bitte, seinen Erklärungen zuhören zu wollen, ehe die eigentliche Diskussion beginne. Was der Präsident ausführte, läßt sich kurz so zusammenfassen: Sollten die Ver. Staaten der Völkerliga nicht beitreten, so würde sie nicht zustande kommen und was die Folge davon wäre, könne unschwer vorausgesagt werden. Anarchie für Europa würde unausbleiblich sein.—Darauf bat Herr Wilson die Anwesenden, Fragen zu stellen, die er bereitwillig beantwortete. Hervorzuheben ist das Folgende. Beschlüsse über Abrüstung würden für keine Nation bindend sein, wenn nicht von ihr selbst gebilligt, daher auch nicht für die Ver. Staaten. — Der Paragraph über Handlungen, die den Frieden bedrohten, würde noch näher definiert werden. — Entwaffnung würde mit militärischer Ausbildung nichts zu tun haben, würde nur die Ansammlung von Kriegsmaterial verhindern. — Einen gewissen Teil ihrer Staatsgewalt müsse eine jede beteiligte Nation aufgeben, das sei selbstverständlich, betreffe aber jede einzelne. — Die Machtbefugnis des Kongresses, Krieg zu erklären, würde keineswegs beschränkt. — Die Liga würde die Monroe Doctrine nicht beeinträchtigen, da diese von allen Mächten der Liga garantiert werden würde. — Die Mandatargewalt über die Kolonien sei nicht zwangsweise aufgelegt, sondern würde die Genehmigung der betreffenden Völker erheischen. — Die Liga würde nichts mit internationalen Fragen, wie Einwanderung, zu tun haben.

Der Präsident erklärte, daß für die Konstitution der Liga nicht der Entwurf der Ver. Staaten, Frankreichs, oder Italiens angenommen worden sei, sondern der Englands. Auf Befragen gab er zu, daß die Liga einen zukünftigen Krieg nicht unmöglich machen würde, wohl, meinte er, würde sie eine Diskussion der Streitigkeiten erzwingen, und das allein würde manchen Krieg verhindern. Der Weltkrieg hätte nicht statt gefunden, hätte eine solche Diskussion statt gefunden.

Auf die Frage betreffs Irland soll der Präsident geantwortet haben, daß es „vorläufig" keine Stimme auf der Konferenz haben werde und daß die ganze Frage zwischen England und Irland entschieden werden müsse.

Die Senatoren Lodge und Knox beteiligten sich wenig, stellten auch keine, oder nur wenige Fragen. Zwei andere Republikaner, Borah von Idaho und Fall von Neu-Mexiko, hatten die Einladung rundweg abgeschlagen. Von Demokraten fehlte nur Shackleford, Missouri.

Im Senate sprachen Cummins, Iowa, und Owen, Oklahoma, vor gefüllten Galerien.

Cummins erklärte sich in Sympathie mit der Liga, hielt aber die Konstitution nicht für ausreichend und machte die ersten Vorschläge für Amendements.

Owen nannte die Grundprinzipien der Liga wohlbegründet und warnte den Senat vor Voreiligkeit.

Man erwartet eine Fortdauer der Debatte. Knox wird Samstag reden; Lodge hat einen Entwurf ausgearbeitet, von dem er den Zeitungen eine Abschrift überlassen hat.

Neuordnung des deutschen Militärs

Wie die „Arbeiter- und Soldaten-Räte (A. S. R.) das Heer überwachen.

Grauenvolle Augenblicke in deutschen U-Booten. — Ein deutscher Marineschriftsteller beschreibt Vernichtungsmethoden.

(Berner Bund.)

Berlin, 21. Jan.—Unter Zustimmung der Reichsregierung und des Zentralrates der A. S. R. hat das Kriegsministerium die Stellung der S. R. zum Friedensheere, ferner die Bekleidung, Anzug und militärischen Gruß vorläufig geregelt. Die oberste Kommandogewalt hat der Rat der V. V. Diese übertragen sie dem preußischen Kriegsminister, der ihnen für die Kommandogewalt verantwortlich ist. Alle militärischen Dienststellen Preußens und des gesamten Reiches unterstehen ihm. Die Truppenführer üben die Befehlsgewalt aus, sie sind der Reichsregierung und ihren unmittelbaren Vorgesetzten verantwortlich.

Ueberwachung der Führer durch Soldaten - Räte.

Bei den Generalkommandos, Garnisons - Kommandos, Regimentern, selbständigen Bataillonen und gleichgestellten Formationen sind S. R. zu wählen. Sie überwachen die Tätigkeit der Führer hinsichtlich etwaigen Mißbrauchs der Dienstgewalt gegen die Regierung. Bei allgemeinen dauernden Anordnungen betreffend Fürsorge für die Truppen, soziale und wirtschaftliche Fragen, Urlaubs- und Disziplinsachen wirken sie mit und zeichnen unverantwortlich. Rein militärische Befehle betreffend Ausbildung, Führung und Verwendung der Truppe bedürfen keiner Gegenzeichnung des S. R. Bei kleineren Einheiten sind Vertrauensleute nach näheren Angrdnungen des Führers und des zuständigen S. R. zu wählen. An der Wahl des S. R. nehmen alle Angehörigen der betreffenden Formation teil.

Bei strafbaren Handlungen in der Ausübung als S. R. wird das Strafverfahren von anderen Heeresangehörigen gehandhabt, ebenso ohne weiteres bei Dienstvergehen außerhalb der Tätigkeit als S. R. Die Stellenbesetzung ist Sache des Kriegsministers. Die S. R. melden der nächsthöheren Dienststelle mindestens nach vier Wochen mit einer Begründung, ob der Führer das Vertrauen der Angehörigen der Formation besitzt. Sie können die Absetzung beantragen. Die Entscheidung trifft der nächsthöhere Führer, letzten Endes die Regierung. Gegen die Entscheidung steht dem S. R. und den Betroffenen Berufung zu. Unteroffiziere und Mannschaften können als Zugführer in Offiziersstellen gewählt werden, sie bedürfen der Bestätigung durch den Kriegsminister.

Die Abzeichen.

Am Besatzstreifen der Mütze wird die Kokarde in den Landesfarben weiter getragen. Zivilorden werden nicht getragen. Kriegs - Orden und Ehrenzeichen, ferner Rettungsmedaillen, Dienstehrenzeichen, Verwundeten - Abzeichen, Fliegerabzeichen und andere dürfen in und außer dem Dienste getragen werden.

Der militärische Gruß.

Untergebene und Vorgesetzte haben sich gegenseitig zu grüßen, jüngere und im Dienstgrade niedrigere haben dabei den älteren zuvorzukommen. Die Grußpflicht ruht in größeren Städten, in belebten öffentlichen Räumen und bei Menschenansammlungen.

* * *

Es war schon seit Langem bekannt, daß für die deutschen U-Boote nur noch mit Schwierigkeiten Mannschaften zu bekommen waren, da die Alliierten allerlei Vorrichtungen erfunden hatten, welche eine Zerstörung der Boote über kurz oder lang in sichere Aussicht stellten. Ueber einige der für die Verfolgung der U-Boote getroffenen Anstalten berichtet ein deutscher Marineschriftsteller in einem vor dem Waffenstillstand geschriebenen Aufsatz wie folgt:

Unterseebootjäger, Zerstörerflotillen, Motorboote wetteifern in der Jagd nach den U-Booten, ebenso wie die U-Boot-Fallen sich bemühen, unsere Boote auf ein harmloses Handelsschiff heranzulocken, das sich dann plötzlich als ein mit Geschützen wohlgespickter englischer Hilfskreuzer entpuppt. In den Situationen der schwersten Bedrängnis bleibt unseren Booten nichts anderes übrig, als in der Tiefe des Meeres zeitweisen Unterschlupf zu suchen; aber auch dann sind sie nicht vor feindlicher Beobachtung sicher, die von Flugzeugen und Luftschiffen aus die Gegenden absuchen, in denen U-Boote vermutet oder gesichtet worden sind. Grauenvolle Augenblicke sind es oftmals für die U-Bootbesatzung, wenn sie in den Tiefen des Meeres über sich das Arbeiten ihrer Verfolger hören; mit langen Schürfketten suchen die feindlichen Boote den Meeresgrund ab, um das U-Boot in ihre Netze zu ziehen, seine Steuereinrichtungen zu beschädigen und es in den feindlichen Hafen einzuschleppen. Man stelle sich vor, welche Gedanken in jedem Einzelnen dort unten ausgelöst werden, wenn er die Schürfeisen am Mantel des U-Bootes entlang klirren hört, wenn er die Explosion der abgeworfenen Wasserbomben durch die ruckweisen Bewegungen des sonst stilliegenden Bootes verspürt. Im Grunde genommen haben die Wasserbomben, von denen sich der Gegner besonders gute Wirkungen versprach, nicht sehr viel Schaden angerichtet, selbst wenn sie nicht nur von englischen Schiffen aus, sondern auch von Flugzeugen und Luftschiffen abgeworfen werden, die aus der Höhe einen weit besseren Einblick in die Meerestiefe haben und doch eigentlich die U-Boote am besten in ihren Verstecken aufstöbern müßten; immerhin spürt man deutlich im Innern des U-Bootes die durch die Explosion hochgeschleuderten Wassermassen, zumal sich die Wirkung der Bomben im Umkreise von 50 und mehr Metern bemerkbar macht. Unsere U-Boote haben also alle Ursache, gegenüber dem Sichnähern von Flugzeugen vorsichtig zu sein und sich genau darüber zu ergewissern, ob es sich um einen deutschen oder feindlichen Flieger handelt; weiß man doch genau, daß ein gegnerischer Flieger beim Entdecken unseres U-Bootes nicht allein die auf seinen funkentelegraphischen Druck harrenden Streitkräfte herbeirufen und zum Kampfe gegen das in den Tiefen des Meeres befindliche U-Boot anführen, sondern daß auch weiter das Flugzeug selbständig den Kampf durch Abwerfen on Wasserbomben aufnehmen kann.

Eine Howell-Bill vom Haus verworfen

Lincoln, Neb., 27. Feb. — Das Abgeordnetenhaus hat Mittwoch die Vorlage No. 304 mit 40 gegen 31 Stimmen verworfen, welche dem Omaha Wasser Distrikt das Recht erteilt, Wasserkraft unter öffentlichen Besitz zu schaffen. Die Vorlage war von Herrn R. B. Howell inspiriert und steht im Einklang mit mehreren Vorlagen, die der Legislatur vorliegen und den Zweck haben, Omaha die Uebernahme aller öffentlicher Nutzbarkeitsanlagen zu erleichtern. Im Verlaufe der Debatte kam es zu bitteren Angriffen auf Herrn Howell. Barbour aus Scottsbluff sagte, diese Vorlage sei nur zu Gunsten des Herrn Howell und mehrere andere stimmten ihm bei.

Abgeordneter Porter aus Douglas County hielt eine eindringliche Rede an die Mitglieder des Hauses, die Vorlage anzunehmen, doch predigte er tauben Ohren. Er rief aus, „einige Herren hier würden Christus das Stimmen verbieten, wenn er auf der Erde wäre."

Die allgemeine Ansicht geht dahin, daß auch die übrigen von Howell inspirierten Vorlagen nach dieser Abstimmung einen schweren Gang haben werden.

Alliierte besetzen Libau und Windau

Kopenhagen, 27. Feb.—Hier eingelaufene Berichte besagen, daß die Hafenstädte Libau und Windau in Kurland, welche von Bolschewikitruppen am 31. Januar genommen wurden, von Streitkräften der Alliierten wieder besetzt worden sind, „deren Verluste an Toten und Verwundeten schwer."

Die Sprachenbill im Konferenzkomitee

Der Senat hat sich geweigert, die Sprachenvorlage des Hauses anzunehmen.

Lincoln, 27. Feb.—Der Senat hat sich geweigert, die Siman Bill No. 24, die Sprachenvorlage, wie sie vom Haus in veränderter Form angenommen wurde, zu passieren und daraufhin wurde ein Konferenz-Komitee ernannt, um sich auf eine neue Vorlage zu einigen. Die Senatoren Reed, Siman und Cordeal vertreten den Senat und die Abgeordneten Gerhart, Byrum und Reynolds das Haus. Siman ist bekanntlich der Verfasser der Vorlage.

Als das Hauskomitee vom temporären Vorsitzer Fults in Abwesenheit des Vorsitzer Dalby ernannt wurde, erhoben mehrere Mitglieder Einspruch gegen den Abgeordneten Reynolds von Omaha, weil er ihnen in der Frage zu liberal gesinnt sei. Reynolds hat bekanntlich beantragt, daß den Pfarrschulen gestattet sein sollte, Religionsunterricht in der Muttersprache zu erteilen mit einem dementsprechenden Sprachunterricht. Das war den Radikalen zu viel, da sie fürchten, daß er seinen Einfluß im Konferenzkomitee für seinen ursprünglichen Standpunkt geltend machen würde. Schließlich blieb aber Reynolds doch am Konferenz-Komitee, auf das jetzt von beiden Seiten ein mächtiger Druck ausgeübt wird.

Die Siman Bill, wie sie in ihrer ursprünglichen Form vom Senat angenommen wurde, verbietet bekanntlich jeglichen Sprachunterricht in allen Schulen unter dem 9. Grad und gestattet ihn oberhalb des 9. Grads nur nach einem Plan, den der Staatsschulsuperintendent ausgearbeitet hat.

Das Abgeordnetenhaus hat die Bestimmungen der Bill dahin umgeändert, daß Religionsunterricht in der Muttersprache in den Samstags-, Sonntags- und Ferienschulen gestattet wird. Den Pfarrschulen jedoch hat es dieses Recht nicht eingeräumt. Jetzt soll der Versuch gemacht werden, auch diese geringe Vergünstigung zurückzuziehen und ein neuer schwerer Kampf um die Sprachenfrage wird entbrennen. Die Absicht scheint vorzuherrschen, die Bill mindestens in der Form, wie sie das Haus angenommen hat, zur endgiltigen Annahme zu bringen.

Allen Bürgern des Staates ist sofort und dringend anzuraten, an die Mitglieder dieses Konferenzkomitees zu schreiben oder zu telegraphieren, und Freiheit in der Sprachenfrage und im Religionsunterricht zu fordern. Wir geben zu diesem Zwecke die vollständigen Namen und Adressen der Herren. Die Senatoren sind: Hon. H. E. Siman, State Senator, Lincoln, Neb.; Hon. Perry Reed, State Senator, Lincoln, Neb.; Hon. J. P. Cordeal, State Senator, Lincoln, Neb.

Abgeordnete: Hon. Victor D. Reynolds, Hon. E. H. Gerharr, Hon. Albert H. Byrum, House of Representatives, Lincoln, Neb.

Eile tut not! Jede fremdsprachige Kirchengemeinde im Staat sollte sofort einen telegraphischen Protest an das Konferenzkomitee senden.

Rumänien mobilisiert gegen Bolsheviki

Paris, 27. Feb. — J. H. Baker, Troy, N. Y., der den Obersten Rat in Proviantangelegenheiten vertritt und eben aus Rumänien und Serbien zurückgekehrt ist, bringt die Nachricht, daß die rumänische Armee, etwa 200,000, die zum Teil schon ausgemustert war, in aller Eile wieder einberufen wird, um erwartete Angriffe der Bolsheviki an der Grenze von Bessarabien und der Ukraine wo diese sich angesammelt haben, abzuschlagen. Die Angriffe werden erwartet, sobald das Wetter es erlaubt.

Nach Herrn Bakers Aussagen ist die Not in Rumänien groß. Proviant und Kleidung mangeln allerorten.

Bolschewiki in Murman geschlagen

London, 27. Feb. — Nachstehende offizielle Depesche ist hier heute von Archangel eingetroffen: „Letzten Sonntag drangen die Alliierten an der Murmanschen Küste etwa 26 Meilen weit vor und erreichten Soudgozero. Die Verluste der Bolschewiki an Toten und Verwundeten

Deutschland muß noch weiter warten

Nahrungsmittel- und Finanzfrage wird in zwei Wochen zur Sprache kommen; Marokko soll eine Spezialregierung erhalten

Konstantinopel von mehreren Mächten verlangt

Paris, 27. Febr.—Die deutsche Waffenstillstands-Kommission ist in Kenntnis gesetzt worden, daß Verhandlungen über Nahrungsmittel und Finanzen von den Alliierten nicht eher aufgenommen werden würden, bis sie ihr Programm vollständig aufgesetzt haben, und hierüber mögen zwei Wochen vergehen.

Der Unterausschuß, der die Verantwortung für den Krieg untersuchte, reichte heute an das Hauptkomitee einen einheitlichen Bericht ein. Der Befund wurde nicht veröffentlicht, aber man weiß, daß die Untersuchung hauptsächlich sich mit der moralischen Verantwortlichkeit des Ex-Kaisers befaßt.

Der Oberste Kriegsrat hat, der Havas Nachrichtenagentur zufolge, beschlossen, daß die Marokkofrage zwischen Frankreich und Spanien beigelegt werden müsse, da diese beiden Nationen am meisten interessiert sind. Marokko soll, so wird jedoch vorgeschlagen, eine spezielle Regierung erhalten mit dem Vorbehalt, daß die französischen Interessen vollauf gewahrt werden.

Vier deutsche Untertanen sind zu Mitgliedern der dänischen Delegation ernannt worden, die sich heute nach Paris begeben wird. Diese vier Männer, obwohl deutsche Untertanen, kommen aus Nordschleswig und sind der Rasse nach Dänen. Die Namen derselben sind C. P. Hansen, der den Kreis Noerrenmoselle im früheren Reichstag vertrat; Nissen und Kloppenborg-Skrumsager, beide Abgeordnete im preußischen Landtag, sowie Andreas Grau, ein Redakteur.

Die Besetzung der Dardanellen und Konstantinopels bilden gegenwärtig bei den Verhandlungen des Obersten Kriegsrats wohl das Hauptthema. Bedeutende Schwierigkeiten, die Frage beizulegen, machen sich geltend. Großbritannien, Frankreich und Griechenland streben die Verwaltung der türkischen Hauptstadt und Gallipolis an; aber auch Italien und Rumänien sind eifrige Bewerber. Die Ver. Staaten und Japan sind die einzigen Mächte, die in der Angelegenheit am wenigsten interessiert sind. Deren Haltung wird die Entscheidung herbeiführen. Japan ist infolge seines Bündnisses mit England gezwungen, dessen Ansprüche zu unterstützen. Infolge des Zusammenbruchs Rußlands hat dasselbe alle Ansprüche auf Konstantinopel, das die Alliierten ihm im Jahre 1915 versprochen hatten, verloren; jedoch glaubt man, daß sollte Rußland anerkannt und zur Konferenz zugelassen werden, dieses seine Ansprüche auf Konstantinopel geltend machen würde. Am meisten ist Griechenland bemüht, die Dardanellen und die türkische Hauptstädt zu erlangen. Sollte jedoch eine Großmacht den Preis erhalten, so wird Griechenland wohl für England eintreten, weil dieses nach der Abdankung des Königs Konstantin sich Griechenland gegenüber versöhnlich bewies, während Frankreich ein schroffes Verhalten einnahm. Wem das Mandat über Konstantinopel und die Dardanellen auch zufallen mag, sicher ist, daß die Völkerliga die Schleifung der Befestigungswerke der Dardanellen fordern wird

Greueltaten der Bolschewiki

Kopenhagen, über Montreal, 27. Feb. — Offizielle Berichte der Behörden in Esthland besagen, daß die Bolschewiki dort entsetzliche Greueltaten verübten. Dieses gilt besonders von den Städten Wesenberg und Dorpat. Am 17. Februar wurde ein Massengrab der Ermordeten in Wesenberg in Gegenwart der städtischen Behörden geöffnet; man fand in demselben 82 Leichen. Den meisten derselben war die Hirnschale eingeschlagen und die Körper wiesen Bajonettstiche auf. In Dorpat wurden die von den Bolschewiki Erschlagenen durch Eislöcher in den Fluß geworfen. In einem Keller zu Dorpat fand man einen Haufen Leichname; die unglücklichen Opfer waren ihrer Wertsachen und Kleider beraubt und dann durch Axtschläge und Bomben getötet. Auch auf dem Lande sind viele Personen in kaltblütiger Weise getötet worden. Aus dem Bericht geht ferner hervor, daß zu Narwa 30 Frauen, denen Steine um den Hals gebunden waren, in dem Flusse ertränkt wurden.

Welt-Konferenz für Völkerliga

Bern, Schweiz, 27. Feb. — Eine internationale Versammlung zu Gunsten einer Völkerliga wird am 5. März hier in Bern eröffnet werden. Die Einberufer sind Friedensgesellschaften von Schweden, Norwegen, Dänemark, Holland und der Schweiz. Teilnehmen werden auch Delegaten der Völkerliga und Friedensgesellschaft von England, Frankreich, Italien, Deutschland und Oesterreich - Ungarn. Norman Angell, der Pariser Vertreter der amerikanischen Liga freier Nationen wird das Programm dieser Gesellschaft darlegen.

Vertrauensvotum für Paderewsky

Warschau, 27. Feb. — Der Diet gab heute dem Premier Paderewsky bei Akklamation das Vertrauensvotum, um das er am 19. d. Mts. ersucht hatte.

Nur die Sozialisten blieben sitzen, die aber zählen nur 30, während die Anzahl aller Abgeordneten sich auf 400 beläuft.

„Victory"-Anleihe vom Hause bewilligt

Washington, 27. Feb. — Die Bill für eine „Victory"-Anleihe wurde gestern gegen nur 3 Stimmen vom Hause angenommen. Sie geht nun vor den Senat.

Die Bill autorisiert die Ausgabe von Schatzamtsnoten, die in einem bis fünf Jahren fällig sind und überläßt die Zinsenrate dem Schatzamte. Sie instruiert zu gleicher Zeit das Schatzamt, einen Schuldentilgungsfonds für Kriegsbonds zu schaffen und ermächtigt weitere Regierungs - Darlehen an ausländische Nationen, um den Verkauf von Ausrüstungen und Vorräten, die die Ver. Staaten im Auslande besitzen, zu erleichtern.

Kirche in Theater verwandelt.

Warschau, 27. Febr.—Die Bolschewiki haben die berühmte St. Johannes Kirche zum Theater umgewandelt. Der Bau dieses Gotteshauses wurde im Jahre 1308 in Angriff genommen.

Wetterbericht.

Für Omaha und Umgegend — Wahrscheinlich leichter Schnee heute abend und Freitag. Wenig Wechsel in Temperatur.

Für Nebraska — Wahrscheinlich leichter Schnee heute abend und Freitag. Etwas kälter im südwestlichen Teile heute abend. Frische bis starke Nordwinde.

Für Iowa—Schnee heute abend und wahrscheinlich Freitag. Wenig Wechsel in Temperatur. Frische bis stark wehende Winde.

Eine klassifizierte Anzeige in der Täglichen Omaha Tribüne kostet nur wenig. Die Erfolge sind großartig

Tel. Tyler 340